



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Einen insgesamt guten Pflegezustand attestierte Forsteinrichter Oliver Braun dem Remchinger Gemeindewald. Auf 570 Hektar Wald, davon 30 Hektar im Rahmen einer Bundesförderung stillgelegt, wachsen rund drei Viertel Laubbäume, insbesondere Rotbuchen und Eichen, sowie ein Viertel Nadelbäume, darunter außergewöhnlich viele Douglasien. Mit 390 Vorratsfestmetern pro Hektar Waldfläche liegt Remchingen, was die Holzmenge betrifft, über dem Kreis- und Landesschnitt. In den vergangenen zehn Jahren hat die Gemeinde 39.000 Festmeter – und damit fast so viel wie geplant – gefällt, ein Viertel davon als sogenannte zufällige Nutzung durch zum Beispiel Dürre, Stürme oder Schädlinge. Dabei verzeichnete das Forstteam um Revierförsterin Sarah Zwerenz und ihren Vorgänger Dieter Konstandin ein jährliches Plus von im Schnitt 24.000 Euro.

Ähnlich sieht auch die nun von Braun im Gemeinderat vorgestellte Planung der kommenden zehn Jahre aus. Mit 37.000 Festmetern Holznutzung in diesem Zeitraum soll weniger geerntet werden als rechnerisch nachwächst, womit auch dem Klimawandel Rechnung getragen werde, wie Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) auf Nachfrage erfuhr. Der integrierte Bewirtschaftungsplan beinhaltet Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Klimaschutzfunktionen. Der Einschlag geschehe vor allem zur Verjüngung der Buchenalthölzer und zur Bestandspflege. Kurt Ebel (CDU) verwies auf den kreisweit einzigen Bannwald im Enzkreis und weitere Naturschutz- und Wasserschutzfunktionen, woraufhin Felix Casper (CDU) die Frage ableitete, welchen Einfluss der Bau von Windkraft-Fundamenten im Wald auf das Grundwasser haben könne und was passiere, wenn ein Windrad abbrenne. Trotz mehrmaliger Nachfrage verwies der stellvertretende Forstamtsleiter Michael Gerster darauf, dass das Thema Windkraft nicht im Zusammenhang mit der Forsteinrichtung stehe und deren Auswirkungen auf das Grundwasser in der Zuständigkeit anderer Fachämter lägen. Einstimmig stimmte das Gremium dem Forsteinrichtungsplan bis 2034 zu.

Gemeinderat vergibt Haushaltsplan extern

Obwohl schon die Jahreshälfte erreicht ist, hat Remchingen noch immer keinen Haushaltsplan. Da der Kämmerer für längere Zeit krankheitsbedingt ausfallen wird und das restliche Rechnungsamt bisher nicht in die Haushaltsplanung involviert war, hatte die Verwaltung Angebote externer Fachbüros angefragt. Nachdem fünf angefragte Büros weniger Erfahrung mit der Buchungssoftware in SAP hatten, schlug die Verwaltung laut Sitzungsvorlage auf Empfehlung eines Steuerberaterbüros einen pensionierten Kämmerer vor, der als Kleinunternehmer Kommunen berät (Kommunalberatung Berninger) und sich nun um die Remchinger Haushaltsplanung kümmern soll. Dem stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Wie berichtet, musste die Gemeinde aufgrund des fehlenden Haushaltsplans schon mehrere Beschlüsse vertagen – beispielsweise zur Wiedereinführung einer City-Streife. Jetzt konnte das Gremium auch nicht – wie im November 2024 beschlossen – die Beteiligung an der Netze BW von aktuell 200.000 Euro auf den Maximalbetrag von rund 4,4 Millionen Euro aufstocken, da eine Finanzierung über entsprechende Kassenkredite aus dem alten Haushalt nicht möglich ist. Lediglich eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,5 Millionen Euro aus dem Haushalt 2024 sei möglich. Daher stimmte das Gremium bei zwei Gegenstimmen von Gabriele Ulrich (Grüne) und Thomas Merz (Bürgerliste) einer Beteiligung mit weiteren rund 1,7 Millionen Euro an der Netze BW zu. Tomislav Glavaš (SPD) erfuhr vom stellvertretenden Kämmerer Matthias Schüle, dass dies der Gemeinde nach Abzug der Zinskosten Gewinne von jährlich rund 30.000 Euro bringe.

Gemeinderat erteilt Prüfauftrag für Ganztagsschule an Singener Bergschule

Ein Konzept zur Fortführung des Singener Schulstandorts scheint in Sicht: Wie berichtet, wird dort die Werkrealschule auslaufen, nachdem es zwei Jahre in Folge nicht genug Anmeldungen von mindestens 16 Schülerinnen und Schülern für die fünfte Klasse gab. Ende April hatte die Gemeinde daher bekannt gegeben, dass es an der Bergschule, die bisher Grund- und Werkrealschule ist, schon ab dem kommenden Schuljahr keine fünfte Klasse mehr geben wird. Die Lehrkräfte unterrichten alle bestehenden Klassen jedoch bis zu ihrem Abschluss regulär. Zwar stehe die finale Entscheidung des Kultusministeriums Baden-Württemberg zum Ende der Werkrealschule in Remchingen noch aus, erklärte Bürgermeisterin Julia Wieland, es gebe jedoch bereits Ideen zur sinnvollen Weiterführung des Schulstandorts – und zwar von der Schulleitung selbst.

Rektorin Elisabeth Roser und Konrektor Sebastian Weber hatten dem Gremium in nicht-öffentlicher Sitzung schon vor drei Wochen Gedanken zur Etablierung einer Ganztags-Grundschule in Singen vorgestellt, die dann die erste in Remchingen wäre. Damit könnten die mit

Wegfall der Werkrealschule freiwerdenden Räume und Kapazitäten sinnvoll weitergenutzt werden. Auf die Möglichkeit einer ganztägigen Förderung im Umfang von acht Stunden an Werktagen sollen Kinder im Grundschulalter ohnehin erstmals ab dem Schuljahr 2026/2027 einen bundesweiten Rechtsanspruch haben, ab dem Schuljahr 2029/2030 schrittweise alle Grundschul-Klassenstufen. Neben Ganztagsschulen können auch flexible Betreuungsangebote der Kommunen diesen Rechtsanspruch erfüllen – also auch die schon in Remchingen vorhandene Kernzeitbetreuung, die sich aktuell jedoch nicht auf ausgebildete, pädagogische Fachkräfte stützt.

Mehrheitlich mit zwei Enthaltungen von Raphael Blattner und Hans Zachmann (beide CDU) beauftragte der Remchinger Gemeinderat die Verwaltung, zu prüfen, ob an der Bergschule eine Ganztagsschule etabliert werden sollte. Dazu soll es zunächst eine Elterninformationsveranstaltung im Sommer, dann eine Bedarfsabfrage und entsprechende Anträge beim Kultusministerium geben. Auch die Kosten für kleinere Umbauarbeiten müssen geprüft werden. Das Angebot solle sich, wenn es zum Tragen kommt, auch an Schüler der anderen drei Ortsteile richten, während Singener Schüler nach wie vor die Wahl haben sollen zwischen individualisierter Ganztagsschule und dem „normalen“ Stundenplan mit wahlweise weiteren Betreuungsangeboten. Sogar ein jährlicher Wechsel der Angebote könnte möglich sein. Dies bekräftigte Wieland auf Nachfrage von Zachmann, der auf einen dann steigenden Hol- und Bringverkehr verwies. Die Umsetzung der Ganztagesesschule könnte frühestens im Schuljahr 2027/2028 starten.

Wieland bedankte sich in der Sitzung für die Initiative des Schulleitungsteams: „Das zeigt Verantwortungsbewusstsein und Weitsicht.“ Auch Tomislav Glavaš (SPD) lobte das Konzept: „Dass die Werkrealschule auslaufen wird, ist schmerzlich für die gesamte Gemeinde. Aber jetzt ist es wichtig, die Veränderung als Chance zu ergreifen, um den Schulstandort weiterzuführen.“ Vor Jahren gab es Überlegungen einer Ganztagsschule in Wilferdingen, wo neben der Grundschule und der Realschule aktuell für geplante 14 Millionen Euro ein großer Kinder- und Jugendcampus mit Mensa, Kindergarten und Kernzeit entsteht. Im Zuge dieser Planungen habe sich der Fokus dort jedoch wieder vielmehr auf die Kernzeitangebote gerichtet, erklärte Wieland auf Nachfrage.

Trotz Skepsis begleitet Remchingen erste Schritte des „Enzwerks“

Nach der Vorstellung der Idee des „Enzwerks“ als regionale Energie- und Versorgungsgesellschaft, die zu 65 Prozent den Kommunen und zu 35 Prozent den Stadtwerken Pforzheim gehören soll, stimmte der Remchinger Gemeinderat nun einstimmig zu, dass Bürgermeisterin Wieland oder alternativ ein Sachverständiger wie etwa Gemeinderat Klaus Fingerhut

(Grüne) die Gemeinde bei den weiteren Vorüberlegungen in einer Arbeitsgruppe vertreten soll. Dies geschehe bis auf die Arbeitszeit ohne finanzielle Auswirkungen und unabhängig vom Beschluss einer Beteiligung, verdeutlichte Wieland. „Wir sind bei dem Vorhaben sehr skeptisch, da es kein ausgewogenes Konzept beinhaltet – wir wissen nicht, was auf uns zukommt. Aber wir bekunden unser Interesse im ersten Schritt, um an weitere Informationen zu kommen“, unterstrich Martin Gegenheimer (CDU).

Außerdem entschied das Gremium mit 13 Ja- und fünf Nein-Stimmen, Mittagessen aus der neuen Mensa im Wilferdinger Campus an die Kindergärten und Schulen mit einem geringeren Zuschuss als zunächst geplant (1,83 Euro pro Essen anstatt 2,65 Euro) abzugeben. Damit entfällt der Zuschuss der Gemeinde zur Dienstleisterpauschale des Caterers. Aktuell, vor Betrieb der neuen Mensa, liegt der Zuschussbeitrag bei 2,94 Euro pro Essen. Ein Mittagessen in Kindergärten soll künftig 4,74 Euro, an Grundschulen 5,04 Euro und an weiterführenden Schulen 5,24 Euro kosten.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat einem überarbeiteten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Am Rannbach 1“ in Nöttingen zu, nachdem es im Rahmen der Behördenbeteiligung Einwendungen gegeben hatte.

Julian Zachmann